

# Gemeinsinn und Erneuerung

EIN BRANDENBURG FÜR ALLE IST DAS ZIEL DER NEUEN LANDESREGIERUNG VON **MATTHIAS PLATZECK**

**F**ast zwei Jahrzehnte nach der Wiedergründung unseres Landes tragen SPD und Die Linke in Brandenburg erstmals gemeinsam Verantwortung für unser Land. Gemeinsam Verantwortung tragen für Brandenburg – die Formulierung beschreibt gleichzeitig, was diese Regierungskoalition von ihrer Vorgängerin nicht unterscheidet. Die Partner der bisherigen Koalition haben gemeinsam Verantwortung getragen. Auch beide Partner der neuen Landesregierung sind sich bewusst, was Verantwortung in schwierigen Zeiten bedeutet.

**W**er Regierungsverantwortung übernimmt, kann nicht so etwas wie eine weiße Wundersalbe verschreiben, die alle Probleme auf der Stelle löst. Wer Regierungsverantwortung übernimmt – egal, aus welcher politischen Richtung er kommt –, der muss und will zuvorderst für einen soliden Haushalt sorgen und kann nicht gleichzeitig nach Steuerenkungen, Investitionen überall und Haushaltskonsolidierung rufen. Wer Verantwortung übernimmt, muss sich

für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Er muss für gute Bildung für alle von Anfang an ebenso sorgen wie für eine sichere und zunehmend klimafreundliche Energieversorgung. Regierungsverantwortung zu tragen heißt also, Ziele zu definieren, Strategien zu entwickeln und dann für deren Verwirklichung zu kämpfen. Eine verantwortungsbewusst handelnde Regierung kann nicht, darf nicht und wird nicht allen alles zugleich versprechen. Ehrlich sagen, was geht, aber auch ehrlich sagen, was nicht geht – das ist verantwortungsbewusst, auch wenn es zuweilen als Beschränkung oder gar Belastung empfunden werden kann.

## Neue Fragen angehen

Die bisherige Landesregierung handelte unter der Überschrift „Erneuerung aus eigener Kraft“. Das Handeln der neuen Regierung orientiert sich an dem Motto „Gemeinsinn und Erneuerung – ein Brandenburg für alle“. Damit machen beide Koalitionspartner deutlich: Wir werden Bewährtes fortsetzen, aber dort neue Akzente setzen und neue Fragen

energisch anpacken, wo dies im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nötig ist.

Die Problemlagen im Lande – und nicht nur hier – verschieben sich. Wir müssen heute vor allem Wirtschaft und Soziales viel enger zusammendenken, als das bisher die Regel war. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele mit Blick auf die Jüngsten, mit Blick auf jene, über deren Zukunft wir heute entscheiden, nennen:

Erstens: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass inzwischen gut ein Viertel der Kinder in Brandenburg aus Haushalten mit Hartz-IV-Hintergrund kommt. Gute und gut bezahlte Arbeit hat weder mit ihrer unmittelbaren Erfahrungswelt zu tun, noch können sie sicher sein, dass ihre Zukunft eine Zukunft mit guter, auskömmlicher Arbeit sein wird.

Zweitens: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Alleinerziehende mit geringem Einkommen kaum noch daran glauben, dass der Staat sie in ihrer schwierigen Lage bei der Erziehung und der Eröffnung von Lebenschancen für ihre Kinder ernsthaft und wirksam unterstützt.

## **Aufstieg für alle**

Wir werden Brandenburg nicht voranbringen, wenn wir solchen Problemen nicht das Gewicht beimessen, das sie im wirklichen Leben haben. Soziale Balance, echte Chancengleichheit her-

stellen und sozialen Aufstieg für alle ermöglichen – das sind Fragen, die uns bewegen und bewegen müssen. Wir wollen Aufstieg möglich machen. Wir wollen dieses Land zusammenbringen und auch zusammenhalten.

■ ■ Vor uns liegen dabei anstrengende Jahre. Die Finanzmittel, die uns zur Verfügung stehen, sind begrenzt. Der Landeshaushalt wird in den nächsten zehn Jahren um 25 Prozent schrumpfen. Die vor uns liegenden Herausforderungen, die wir bewältigen müssen, sind beträchtlich. Beträchtlich sind ebenfalls die Erwartungen, die die Menschen im Land an uns richten:

- Von ihrer Landesregierung erwarten die Menschen eine Politik, die allen Brandenburger Kindern und Jugendlichen in allen Landesteilen erstklassige Bildungs- und Lebenschancen eröffnet.
- Von ihrer Landesregierung erwarten die Brandenburger eine Politik, die bestehende Arbeitsplätze sichert und qualifizierte neue Jobs in zukunftsfähigen Branchen ins Land holt.
- Von ihrer Landesregierung erwarten die Brandenburger eine Politik, die wirtschaftliche Erfolge und soziale Gerechtigkeit auf produktive Weise miteinander verbindet und nicht gegeneinander ausspielt.
- Von ihrer Landesregierung erwarten die Brandenburger eine Politik, die

gezielt Investitionen in die Zukunft unseres Landes mit solider Haushaltsführung vereinbart.

- Von ihrer Landesregierung erwarten die Bürger eine Politik, die langfristige Energiesicherheit mit ökologischer Vernunft in Einklang bringt.
- Und sie erwarten eine Politik, die Weltoffenheit und Toleranz in unserer Gesellschaft nachhaltig befördert.

Nicht alle Erwartungen, die die Bürger an uns richten, wird die neue Landesregierung zu jeder Zeit vollständig erfüllen können. Völlig klar ist aber allen an dieser Regierung Beteiligten, dass es diese Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sind, an denen wir unser Handeln ausrichten werden. Sie bilden die entscheidende Richtschnur unseres Handelns in den nächsten fünf Jahren.

**III.** Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben über viele Jahre viel Kraft, Engagement und Arbeit in die Entwicklung ihrer Heimat gesteckt. Demokratische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen, Initiativen, Vereine, Verbände und unzählige ehrenamtlich Engagierte haben sich dabei verdient gemacht. Brandenburg im Jahr 2009 ist ein lebendiges Land. Mit Respekt und auch mit Dankbarkeit erkennen die Koalitionspartner die vielfältigen Leistungen ungezählter gesellschaftlicher Akteure

für unser Gemeinwesen an. Die Arbeit dieser Regierung fußt auf diesen Leistungen. Sie knüpft an dieses Engagement an. Es sind die Brandenburger selbst, die die Kraft unseres Landes ausmachen. Darauf setzen wir auch in Zukunft.

## **Menschen stärken und schützen**

Die Menschen zu stärken, aber auch, sie zu schützen, ist Aufgabe dieser Landesregierung. Die neue Brandenburger Landesregierung ist sich bewusst: Wir handeln aus der Vielfalt der Brandenburger Gesellschaft heraus. Wir übernehmen Verantwortung für das ganze Land. Wir sind offen für gute Ideen, woher auch sie immer kommen mögen. Wir suchen die Kooperation mit allen, die zu solch einer Kooperation willens und bereit sind. Mit unserer politischen Arbeit wollen wir dazu beitragen, unser Land zusammenzuhalten und noch mehr zusammenzuführen. Orientierung am Gemeinwohl, das ist der Maßstab, an dem wir uns messen lassen werden.

**IV.** Es war der Zusammenbruch der DDR vor genau zwei Jahrzehnten, der das Wiedererstehen des Landes Brandenburg ermöglicht hat. Eine historische Fügung, für die wir uns bis heute glücklich schätzen können. Zugleich aber bedeutet die Hinterlassenschaft der ökonomisch und ökologisch

verschlissenen DDR eine für unser Land schwere Hypothek. Wir wissen heute, beim Neuaufbau des Landes gelang es nicht, allen Menschen eine wirkliche Zukunftsperspektive zu ermöglichen. Dafür waren die Herausforderungen in den Jahren nach 1990 zu überwältigend, zu neu und zu vielfältig. Nicht jedes Vorbild im Umbruch war tauglich. Nicht jeder gut gemeinte Rat von außen erwies sich am Ende tatsächlich als ein guter Rat. Wir haben in Brandenburg in verschiedenen Regierungskonstellationen lernen müssen, unseren eigenen Weg zu finden und zu gehen.

### **Auf die eigene Kraft besinnen**

Der im Land in den vergangenen Jahren verfolgte Kurs der Erneuerung aus eigener Kraft war wirksam. Auch wenn wir jetzt unsere Politik neu ausrichten, um den neuen Herausforderungen im Land gerecht zu werden, wird es wieder um Erneuerung gehen, und es wird am Ende wieder auf unsere eigene Kraft ankommen.

Im Laufe der letzten Wahlperiode haben sich die Exporte Brandenburger Unternehmen verdoppelt, die Arbeitslosigkeit konnte fast halbiert werden. An vielen Orten, in vielen Familien im Land sind Aufschwung und Aufstieg geglückt. 56 Prozent der Bürger unseres Landes sehen dieses Land gut auf die Zukunft vorbereitet. 2004 waren

es nur 34 Prozent. Wir werden deshalb die Erneuerung aus eigener Kraft energisch weiterführen.

Gemeinsam werden wir in der neuen Koalition dem Prinzip „Stärken stärken“ treu bleiben, also den eingeschlagenen Erfolgspfad der Wirtschaftsförderung fortsetzen. In der Förderpolitik wird man sich auf Verlässlichkeit verlassen können. Darauf kann die Wirtschaft in Brandenburg auch unter der neuen Regierung vertrauen. Zugleich geht aber – das weiß gerade jeder Unternehmer und jede Unternehmerin – das Leben weiter. Wir werden das System der Branchenschwerpunktorte und die Branchenkompetenzfelder neu ordnen und straffen. Gemeinsam werden wir die Wertschöpfung in Brandenburg stärken und streben deshalb eine dynamische, zugleich zunehmend ökologisch ausgerichtete Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstruktur mit einem breiten und gesunden Mittelstand an.

### **Zukunftsthema Energie**

Gemeinsam begreifen wir das Thema Energie als ein fundamentales Zukunftsfeld für Brandenburg. Deshalb werden wir unsere Kompetenzen als Energieland systematisch ausbauen. Wir setzen zunehmend auf erneuerbare Energien. Wir setzen weiter auf die Brückentechnologie Braunkohle, die durch Kohlendioxidabscheidung und Speicherung ohne Beeinträchtigung von Sicherheit und Ei-

gentum der Bevölkerung klimafreundlicher werden muss.

Wir setzen auf Solar- und Windenergie, auf Energiespeicherung und Energieforschung. Brandenburg soll zu einem modernen Energieland werden, das im nationalen, aber auch im internationalen Maßstab Rahmenmaßstäbe setzt. Das ist unser Ziel, und das werden wir erreichen. Wir legen in der Forschungs- und Entwicklungspolitik einen Schwerpunkt auf innovative, marktfähige Umwelt- und Energietechniken „made in Brandenburg“.

### **Arbeit muß gut bezahlt sein**

Die neue Regierung setzt verstärkt auf die Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft, um wissensbasierte, zukunftsfeste Arbeitsplätze für hochqualifiziertes Personal am Standort zu sichern und neu zu schaffen. Deshalb werden Forschung und Technologietransfer auch in Zukunft Schwerpunkte der Landespolitik bleiben.

Das Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft werden auch in Zukunft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein, und zwar Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für anständige Arbeit auch anständig bezahlt werden. Starke Gewerkschaften und kompetente Betriebsräte sind unverzichtbare Faktoren der Kraft unseres Landes. Eine gute Zukunft ohne gute Gewerkschaften kann ich mir nicht vorstellen.

**V** Dies alles ist eine gute Perspektive, aber sie steht derzeit bei weitem noch nicht jedem offen. Die Kinder, von denen eingangs die Rede war, entbehren nicht nur materiellen Wohlstand. Diese Kinder brauchen auch dringend bessere Bildungschancen und intensivere Förderung, um später Chancen im Leben zu erhalten. Das ist mit Geld allein nicht getan. Wir müssen zum Beispiel zur Kenntnis nehmen, dass das Ansehen des für die Zukunft unseres Landes so ungeheuer wichtigen Lehrerberufs über viele Jahre – und nicht nur in Brandenburg – deutlich gesunken ist und erst allmählich wieder steigt. Diesen Trend wollen wir mit aller Kraft beschleunigen.

Wir brauchen neue Handlungsansätze, auch neue Ideen, damit wirklich alle Kinder Lebenschancen bekommen, damit Alleinerziehende wirksamere Unterstützung erhalten, damit Lehrer neue Wertschätzung erlangen und zugleich – genauso wichtig – unsere Unternehmen die gut ausgebildeten Arbeitskräfte erhalten, die sie brauchen, weil sie nur so den Wohlstand schaffen können, von dem unsere Gesellschaft lebt.

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels ist es gerade auch ökonomisch wichtig, dass wir kein einziges Kind zurücklassen. Zugleich ist es wichtig, dass beispielsweise Alleinerziehende und Lehrer, aber auch Unternehmer jederzeit sicher sein kön-

nen: Diese Regierung nimmt unsere Nöte ernst. Diese Regierung steht auf unserer Seite.

Fragen der sozialen Balance, Fragen der Herstellung echter Chancengleichheit, Fragen der Ermöglichung von sozialem Aufstieg für alle, das sind die Fragen, die diese Regierungskoalition umtreiben müssen und auch umtreiben werden. Es sind die wichtigen Fragen, die darüber entscheiden, ob unsere Gesellschaft zusammenhält oder ob sie auseinanderfällt. Wenn sie auseinanderfällt, haben wir allesamt keine Zukunft.

Wir wollen dieses Land zusammenbringen und zusammenhalten, weil beides zusammengehört und einander bedingt. Genau deshalb bekennt sich die neue Landesregierung auf der einen Seite aus tiefer Überzeugung zur großen Errungenschaft des Sozialstaates. Aber auf der anderen Seite umfasst unser politischer Auftrag, so, wie wir ihn gemeinsam begreifen, weit mehr als die Linderung vorhandener Nöte und Defizite.

**VI.** Wir bekennen uns zu einer nachsorgenden Sozialpolitik, wo immer sie auch nötig ist. Eine nachsorgende und regionale Nachteile mildernde Sozial- und Infrastrukturpolitik bleibt ohne Frage notwendig. Aber unser Blick richtet sich auch darauf, diese nachsorgende Sozialpolitik wo immer möglich durch eine vorsorgende Gesellschaftspolitik zunehmend überflüssig zu

machen. Wir wollen an den Anfang, an die Ursachen, und wir wollen nicht am Ende bei der Reparatur viel Geld ausgeben, wo wir Menschen nicht mehr zufrieden und glücklich machen können. Am Anfang liegt die Quelle dessen, was wir erreichen wollen.

### **Kinder liegen uns am Herzen**

Moderne Sozialstaatlichkeit bedeutet immer stärker soziale Vorsorge und damit Investition in die Fähigkeit von Menschen. Ganz im Geiste des ostdeutschen Aufbruchs von 1989 zielt der zeitgemäße Sozialstaat auf die soziale, aber eben auch die ökonomische, kulturelle und politische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um das solidarische Miteinander wirklich freier Menschen. Das ist das Ziel auch für die Entwicklung unseres Landes.

Vorsorgende Sozialgesellschaftspolitik betrifft alle Generationen, aber sie beginnt bei den Jüngsten. Zu einer solchen Politik gehört insbesondere die entschiedene Abkehr vom Prinzip des Aussortierens und der Auslese im Bildungssystem. Die frühe Aussonderung von Kindern ist und bleibt ungerecht. Sie verbaut Entwicklungschancen und ist deshalb auch aus ökonomischer Perspektive widersinnig.

Es ist eben nicht so, dass die einen Kinder von Natur aus schlaue sind und die anderen Kinder von Natur aus

doof. Warum das eine Kind pffiffig ist und das andere nicht und wie man die Bedingungen verbessern kann, damit mehr Kinder schlau werden und den Aufstieg schaffen können, das sind die Fragen, auf die wir in den kommenden Jahren Antworten geben müssen, wenn wir nicht wollen, dass dieses Land auseinanderfällt in erfolgreich Angekommene und dauerhaft Abgehängte.

Deshalb legt die neue Landesregierung allerhöchsten Wert auf Bildung. Von nichts hängt die Zukunft unseres Gemeinwesens im 21. Jahrhundert so sehr ab wie von den Fähigkeiten und Kenntnissen der Menschen. Gute Bildung darf deshalb so wenig wie irgend möglich von sozialer oder regionaler Herkunft abhängen. Dabei liegen uns besonders die Kinder und Jugendlichen am Herzen; denn jeder Euro, den wir bei ihnen investieren – inzwischen Allgemeingut –, wird sich später doppelt und dreifach auszahlen. Das ist die beste Vorsorge überhaupt.

### Wo Vorsorge anfängt

Deshalb werden wir die „Netzwerke Gesunde Kinder“ ausbauen, damit ein gesellschaftliches Klima des Hinschauens bei positiver Entwicklung von Kindern entsteht. Dabei ist uns besonders das Engagement der Ehrenamtlichen, die diese Netzwerke tragen, wichtig. Ich will mich an dieser Stelle für die vielen Initiatoren, die diesen Gedanken

geboren, in die Tat umgesetzt und in Brandenburg zu einem erfolgreichen Modell entwickelt haben, sodass es ein Exportmodell geworden ist, sehr herzlich bedanken. Sie haben für die kommende Generation etwas unschätzbar Gutes getan.

Wir werden deshalb die Kita-Betreuungsrelation bei den unter Dreijährigen von eins zu sieben auf eins zu sechs verbessern. Wir werden die Kita-Betreuungsrelation bei den unter Sechsjährigen von eins zu dreizehn auf eins zu zwölf verbessern. Wir wollen, dass Brandenburg nicht nur quantitativ, sondern Stück für Stück auch qualitativ eines der besten Kita-Netze Deutschlands bekommt. Wir werden dafür weitere Verbesserungen vornehmen, die Sprachförderung ausbauen und auch die Ausbildung der Kita-Erzieherinnen und hoffentlich zunehmend auch -Erzieher verbessern.

Darum werden wir die Qualität unserer Schulen entscheidend verbessern. Wir werden 1.250 neue Lehrer einstellen, die Schüler-Lehrer-Relation konstant halten und den Schulen mehr Selbstständigkeit geben. Wir haben uns fest vorgenommen, die viel zu hohe Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss bis 2015 zu halbieren. An dieser Stelle besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir werden dazu neue Wege einschlagen, um wirkliche Fortschritte zu erzielen. Wir werden die individuelle Betreuung der Schüler verbessern und

vor allem Schüler mit Förderbedarf weitaus stärker in die Regelschulen einbeziehen. Was in den besonders erfolgreichen Bildungsnationen möglich ist, wird in Zukunft auch in Brandenburg möglich sein, weil es ein sinnvoller und ein guter Weg für die Kinder ist.

Wir werden ein Schüler-BAföG einführen, damit auch mehr Kinder aus einkommensschwachen Haushalten das Abitur machen können. Das Abitur darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir werden die Berufsvorbereitung der Schüler verbessern, das Praxislernen ausbauen und die Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen vertiefen.

Wir wollen Chancengleichheit für alle. Deshalb investieren wir in die Bildung – von der Kita über die Schule bis zur Hochschule. Aber gute Bildung erfordert, wie ein moderner, vorsorgender Sozialstaat überhaupt, mehr als nur Geld: Verantwortung und Gemeinsinn, Offenheit und Teamgeist, Kreativität und Entwicklung. Das alles entsteht nur in einer Atmosphäre des wirklichen Miteinanders.

**VII.** Die neue Regierungskoalition bekennt sich dezidiert zu dem Ziel, keine Region im Land abzuhängen, keine Region aufzugeben. Die Bürgerinnen und Bürger im Land Brandenburg können sich darauf verlassen: Die öffentliche Daseinsvorsorge wird überall gewährleistet, auch wenn sich viele

Formen der Leistungserbringung allein schon durch die demografische Entwicklung verändern werden. Es wird nichts so bleiben, wie es war; aber wir werden die öffentliche Daseinsvorsorge sichern.

In der Fläche des Landes ist und bleibt die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftszweig; sie ist und bleibt das Rückgrat des ländlichen Raumes. Wir setzen die Agrarwirtschaftsinitiative fort. Die Agrarförderung soll gezielt eingesetzt werden, um existenzsichernde Arbeitsplätze in der Fläche unseres Landes zu schaffen und zu erhalten und auch, um immer ökologischeres Wirtschaften zu unterstützen.

**VIII.** Mit Armut wird sich diese neue Regierung nicht abfinden. Das beste Mittel gegen Armut sind Arbeitsplätze, von denen Frauen und Männer vernünftig leben und ihren Kindern einen guten Start ins Leben ermöglichen können. Dabei gilt die Maxime „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Männer wie Frauen gleichermaßen. Das wird die Richtschnur dieser Landesregierung sein und bleiben.

Brandenburg will kein Billiglohnland sein, sondern ein Land, in dem gute Arbeit auch anständig entlohnt wird. Gute Arbeit schafft mehr als Kaufkraft und sichert mehr als nur den unmittelbaren Lebensunterhalt. Sie ist Basis für Selbstverwirklichung und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb

setzen wir uns dafür ein, dass auf der Ebene des Bundes ein existenzsichernder gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird. Die Zeit dafür ist in Deutschland reif.

In Brandenburg werden wir die Vergabe öffentlicher Aufträge an soziale Standards und die Bezahlung wenigstens an Mindestlohnniveau binden. Arbeitslosen, vor allem Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitslosen, wird die neue Landesregierung mithilfe neu geschaffener, öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse eine neue berufliche Perspektive ermöglichen. Wir wollen bis 2014 eine aktivere öffentliche Beschäftigungspolitik ermöglichen. Deshalb haben wir uns verpflichtet, 8 000 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse unter Nutzung der vorhandenen Bundesmittel unter der Bedingung zu schaffen, dass diese nicht in Konkurrenz zu regulären Beschäftigungsverhältnissen stehen werden.

In der Gesundheitspolitik verfolgen wir das Ziel, eine auskömmliche ambulante Versorgung in allen Regionen des Landes sicherzustellen. Die Wiederkehr der Gemeindeschwester AGnES in modernisierter Form ist nicht nur ein Gebot der Vernunft, diese Wiederkehr von AGnES ist auch ein Beleg dafür, dass gute, für die Menschen hilfreiche und passende Lösungen auch für schwierige Fragestellungen möglich sind.

**IX.** Die Partner der neuen Regierungskoalition sind sich einig: Was verteilt werden soll, muss zuvor erarbeitet und erwirtschaftet werden. Niemand macht sich etwas vor: vor uns liegen Jahre, in denen die Haushaltslage des Landes äußerst angespannt sein wird. Die Konsolidierung der Brandenburger Landesfinanzen, bei der in der vergangenen Wahlperiode bemerkenswerte Ergebnisse erreicht wurden, ist mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich schwerer geworden. Zusätzliche Belastungen für die Kommunen und auch für das Land drohen aufgrund der schon erwähnten Steuer- und Abgabepolitik der neuen Bundesregierung. Zugleich laufen Sonderzuweisungen des Bundes zur Bewältigung der Folgen der deutschen Teilung aus.

Gegenüber dem Vorjahr müssen wir im Jahr 2010 mit weiteren Mindereinnahmen in Höhe von ungefähr 140 Millionen Euro rechnen. Durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Schwarz-Gelb werden wir mit zusätzlichen 50 Millionen Euro Mindereinnahmen im Jahr 2010 rechnen müssen, in den Folgejahren wahrscheinlich mit Mindereinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe. Zugleich werden die Sonderzuweisungen des Bundes zur Bewältigung der Folgen der deutschen Teilung rückläufig sein. Die kumulierten Mindereinnahmen des Landes in dieser Legislatur betra-

gen dann fast 1,5 Milliarden Euro. Dabei steigen natürlicherweise die Pensionslasten. Wir können uns auch nicht darauf verlassen, dass die Zinsen nicht steigen. Die weitere Konsolidierung unseres Haushalts wird eine der schwierigsten Aufgaben der nächsten fünf Jahre sein und bleiben.

Hier ist ein schwieriger Balanceakte notwendig; denn trotz aller Belastungen darf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes nicht abgewürgt werden. Die Kinder und Jugendlichen, für die wir uns ganz besonders einsetzen, dürfen nicht morgen unter den Kosten, die wir heute verursachen, leiden. Dabei macht sich niemand etwas vor. Es werden ausgesprochen schmerzliche Entscheidungen im Landtag zu treffen sein.

### **Effektiv und bürgernah**

Das vorhandene Geld soll vordringlich für besonders zukunftswirksame Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Innovation genutzt werden. Die Koalitionspartner sehen sich vor der großen Herausforderung, langfristig und stabil die Balance zwischen Personalstärke und finanziellen Möglichkeiten des Landes einerseits und der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sowie einer bürgernahen und effektiven Aufgabenerledigung andererseits zu halten. Ich sage aber hier für die öffentlich Bediensteten des Landes: Der

Kurs der vergangenen zwei Jahrzehnte wird beibehalten, betriebsbedingte Kündigungen schließen wir aus.

Dem vorhersehbaren Rückgang der aktiv Beschäftigten durch Altersabgänge bis 2019 auf etwa 36.000 treten wir entgegen. Wir werden dafür sorgen, dass der Personalbestand bis zum Jahr 2019 bei 40.000 gehalten wird. Besondere Bedeutung messen wir der Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Kita-Erzieherinnen und -Erziehern bei.

Innere Sicherheit sowie zu diesem Zweck die sichtbare Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum bleiben wichtige Anliegen dieser Regierung. Die Ausstattung der Polizei werden wir weiter modernisieren. Gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien des Landes sowie innerhalb einer großen und ständig wachsenden Zahl von zivilgesellschaftlichen Akteuren setzen sich die Landesregierung und die sie tragenden Parteien für ein tolerantes, für ein weltoffenes Brandenburg ein.

Allen Formen von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus werden wir entschieden entgegentreten. Die Verherrlichung von Diktaturen – gleich, welcher Art – hat in unserem Gemeinwesen keinen Platz! Deshalb wird die neue Landesregierung den Kampf gegen Rechtsextremismus mit aller Kraft fortführen. Schwerpunkte bleiben dabei die Säulen Repression und Prävention.

**X.** Die Koalitionsbildung von SPD und Linkspartei hat in den vergangenen Wochen lebhaft Debatten ausgelöst. Darum einige klärende Worte zum Charakter dieses politischen Bündnisses: Niemand verklärt diese neue Koalition zu einem historischen Projekt. Hier haben sich zwei Parteien nüchtern auf koalitionsvertraglicher Grundlage zusammengetan, um die Probleme im Lande zu lösen und so vielen Menschen wie möglich eine bessere Zukunft zu bieten. In diesem Sinne blickt die Koalition nicht zurück, sondern sie packt an und baut auf, weil es im Hier und Jetzt genug zu tun gibt. Das ist unsere wichtigste Aufgabe. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten, dass die Koalition Probleme löst und Zukunft möglich macht.

Aber natürlich findet Politik nicht im geschichtslosen Raum statt. Wir alle kommen irgendwoher. Wir alle haben unsere Erfahrungen gemacht, und der erste Daseinsgrund der 1989 wiedergegründeten Sozialdemokratie im Osten Deutschlands war es nun einmal, das illegitime Machtmonopol der SED zu brechen, aus dem später die Partei Die Linke hervorgegangen ist. Die Koalitionspartner haben in ihren Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen intensiv über Herkunft, Haltung und Werte gesprochen. Alle an dieser Regierungskoalition Beteiligten sind sich einig darüber, dass diese

Koalition mit irgendwelchen Schlussstrichen nichts zu tun haben will und nichts zu tun haben wird.

### Keine Verklärungen

Einig sind sich die Koalitionspartner weiterhin darin, dass die ostdeutsche Friedens- und Bürgerbewegung sowie die Arbeit der 1989 wiedergegründeten, seit 1946 von der SED unterdrückten und verfolgten Sozialdemokratie zur positiven Entwicklung unseres Landes entscheidend beigetragen hat. Erst die Volksbewegung des Herbstes 1989 in der DDR machte es möglich, dass auch aus der SED heraus der Aufbruch zu einer demokratischen Partei im pluralistischen Wettbewerb mit anderen Parteien erfolgen konnte. In unserem Koalitionsvertrag haben wir deshalb ganz klar und unmissverständlich festgehalten:

„Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es mit dieser Koalition nicht geben. Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht. Wir werden die Lehren der Geschichte umfassend beherzigen und weitergeben. Unser Respekt und unsere Zuwendung gelten den Opfern der Diktatur, das Andenken an erlittene Repressionen werden wir wach halten.“

Diese Vereinbarung ist unmissverständlich. Vor genau 20 Jahren ent-

standen mit dem Fall des Eisernen Vorhangs die Voraussetzungen für das neue Europa, in dem wir heute leben. In der Mitte unseres friedlich geeinten Kontinents gelegen, ist das Land Brandenburg ein besonders glücklicher Nutznießer dieser europäischen Einigung. Auch deshalb bekennt sich die neue Brandenburger Regierung ausdrücklich zur europäischen Integration und zur Europäischen Union.

Lebendige Demokratie und gelebte Freiheit, eine tatkräftige Regierung und ein handlungsfähiger Staat, engagierte Bürgerinnen und Bürger, starke

Kommunen sowie eine solidarische Gesellschaft des Miteinanders in einem weltoffenen Land guter Nachbarn mitten in Europa – all dies gehört zusammen. Die Partner der Regierungskoalition wollen, dass es mehr Menschen werden, die sich an unserem demokratischen Gemeinwesen beteiligen, weil sie sich ihm zugehörig fühlen. Darauf werden wir hinarbeiten. Wer dieses Ziel teilt, ist herzlich eingeladen, mit uns zusammenzuarbeiten. So wird Brandenburg eine gute Perspektive für alle Menschen in diesem Lande bieten. ■

**MATTHIAS PLATZECK**

ist Landesvorsitzender der SPD und Ministerpräsident  
des Landes Brandenburg.

*Der Beitrag beruht auf der Regierungserklärung,  
die er am 18. November 2009 vor dem Landtag gegeben hat.*